



Behördennummer 115 geht in die Fläche

Behördennummer 115 geht in die Fläche
Die einheitliche Behördennummer ist zunehmend vor Ort präsent. Über 450 Kommunen, zwölf Länder und die komplette Bundesverwaltung haben sich dem 115-Verbund bereits angeschlossen. Allein im Jahr 2014 sind 40 Kommunen neu hinzugekommen. Damit können heute schon über 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger den 115-Service nutzen. Diese Zahlen stellte Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern sowie IT-Beauftragte der Bundesregierung, heute bei der 5. Teilnehmerkonferenz der 115 in Leipzig vor. "Vom Bürger aus denken - dieses Prinzip haben wir im 115-Verbund konsequent umgesetzt. Wir bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, schnell und unkompliziert über die 115 ihre Fragen zur Verwaltung zu klären. Und das unabhängig davon, welche Verwaltungsebene betroffen ist", bekräftigte Cornelia Rogall-Grothe in ihrer Funktion als Vorsitzende des Lenkungsausschusses in ihrer Rede zum 115-Jahresbericht 2014. "Mit der Behördennummer haben wir einen neuen Standard im Bürgerservice etabliert, der für Bürgerinnen und Bürger einen echten Nutzen bietet." Neu hinzugekommen sind 2014 aus Mecklenburg-Vorpommern die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Vorpommern-Rügen. Allein mit diesen beiden Landkreisen können über 500.000 weitere Bürgerinnen und Bürger den 115-Service nutzen. Aus Niedersachsen schloss sich die Gemeinde Uetze an. Mit dem Beitritt der Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen wächst auch die 115-Rheinschiene immer mehr zusammen. Viele kleine Kommunen konnten auch als sogenannte Informationsbereitsteller gewonnen werden. Motoren dieser Entwicklungen waren insbesondere die Länder. So haben Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein in Eigenregie verstärkt für den Beitritt zum 115-Verbund geworben. Der Aufwärtstrend ist auch beim Anrufvolumen zu beobachten. So gingen in 2014 in den Servicecentern durchschnittlich über 2,5 Millionen Anrufe ein, rund 17 Prozent mehr als 2013. "Die 3-Millionen-Marke rückt damit in greifbare Nähe", unterstrich Staatssekretärin Rogall-Grothe. Auch der Anteil der 115-Anrufe an den Gesamtanrufen in den Kommunen konnte gesteigert werden. Lag er beim Start in den Regelbetrieb noch bei 4,2 Prozent, so ist er heute mehr als doppelt so groß. Über die 115
Die Behördennummer ist von Montag bis Freitag zwischen 08:00 und 18:00 Uhr erreichbar. Unter der 115 erhalten Anruferinnen und Anrufer Auskünfte zu den am häufigsten nachgefragten Verwaltungsleistungen - unabhängig da-von, ob es um Angelegenheiten der Kommunen, des Landes oder des Bundes geht. Mehr Informationen unter www.115.de.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=591915

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.